



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und
Sicherheit

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiter: Herr Baldus

E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 24.06.2021

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
am Dienstag, 29. Juni 2021, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Großer Festsaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS: Es wird empfohlen, während der
gesamten Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift vom 04.05.2021
2. Vorstellung der neuen Amtsleitung des Ordnungsamtes
3. 21-F-20-0012

Anstieg von Gewaltdelikten in den Familien während der Pandemie
-Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 15.06.2021-

Im letzten Jahr wurden laut Polizeilicher Kriminalstatistik Hessen insgesamt 10.013 Fälle von häuslicher Gewalt erfasst. Auch wenn die Sicherheitslage in Hessen von Jahr zu Jahr signifikant besser wird, trifft das nicht auf den Bereich der häuslichen Gewalt zu. Im Vergleich zum Vorjahr 2019 ist hier eine Zunahme von 7,7 Prozent zu verzeichnen.

Homeschooling, Homeoffice, Angst und Sorge vor wirtschaftlichen Einbußen, Notbetreuung in der Kita, Kontaktbeschränkungen - die Corona-Pandemie hat insbesondere in Familien zu extremen Belastungs- und Stresssituationen geführt, die die Zunahme von Gewaltdelikten in der Familie begünstigen können.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Ist im Zeitraum vom 1.4.2020 bis 31.3.2021 ein Anstieg der Meldungen über Häusliche Gewalt für Wiesbaden zu verzeichnen?
2. Ist im gleichen Zeitraum ein Anstieg der Behandlungen mit dem Verdacht häuslicher Gewalt in den Wiesbadener Kliniken zu verzeichnen?
3. Wie viel Online- beziehungsweise Video-Beratungen sind in diesem Zeitraum durchgeführt worden? Und vom wem?
4. Haben sich diese zu vergleichbaren Zeiträumen in den Vorjahren verändert?
5. Wie ist die Auslastung der Aufnahmeeinrichtungen (z.B. für Frauen, aber auch für Wohnsitzlose oder Jugendliche) im Zeitraum gewesen?
6. Gibt es hier Veränderungen zu Vergleichszeiträumen ohne pandemische Lage?
7. Welche Schlüsse in Bezug auf Beratungsangebote, Schutzmöglichkeiten zieht der Magistrat aus den gewonnenen Erkenntnissen? Gibt es z.B. erweiterte Online-Beratungsangebote?
8. Wie werden Hilfesuchende ohne digitale Zugänge erreicht?

4. 21-F-20-0013

Personalbedarf Koordinierungsstelle Istanbul-Konvention
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 23.06.2021-

Am 01.12.2020 hat der Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung den ausführlichen Bericht der Kommunalen Frauenbeauftragten zum Antrag „Einrichtung einer Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention (20-F-21-0056)“ zur Kenntnis genommen.

In der zugehörigen Präsentation heißt es auf Seite 10 (Umsetzungsschritte 4 und 5) u.a.:

„Aufgaben des neuen Netzwerks:
Ziel: Erste konkrete verwertbare Arbeitsergebnisse stehen zur politischen Bewertung vor den Haushaltsberatungen des Doppelhaushalts 2022/23 bereit.“

Laut Ausschuss-Beschluss Nr. 0102 soll das Thema im Herbst 2021 wieder aufgerufen werden, wenn entsprechende Ergebnisse vorliegen. Der Personalbedarf für die Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention sollte aber schon jetzt in die Unterlagen für die Haushaltsberatungen eingespeist werden, um dort Berücksichtigung zu finden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, den Personalbedarf für die Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zum Doppelhaushalt 2022/2023 anzumelden, ggf. als weiteren Bedarf.

5. 21-F-55-0018

Sachstand Queeres Zentrum
-Antrag von DIE LINKE. Stadtfraktion vom 23.06.2021-

Der Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung hat am 2. März 2021 Folgendes beschlossen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:
über das Konzept Queeres Zentrum in Wiesbaden,
welche Maßnahmen bisher seitens der Verwaltung unternommen wurden, das Projekt zu unterstützen und
ob hierfür bereits Anmeldungen für den Haushalt 2022/2023 in Vorbereitung sind.

Der Beschluss wurde bislang nicht umgesetzt. Die Fragen wurden bislang nicht beantwortet.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat wird an den genannten Beschluss des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung Nr. 0012 vom 2. März 2021 erinnert und möge nun umgehend dem Ausschuss berichten.

6. 21-F-55-0019

Sexistische Werbung im Stadtbild unterbinden!
-Antrag von DIE LINKE. Stadtfraktion vom 23.06.2021-

Trotz jahrelanger Thematisierung und Sensibilisierung kommen immer noch Fälle sexistischer Werbung auf Werbeanlagen im öffentlichen Raum in der Landeshauptstadt Wiesbaden vor, für die die Stadt Verantwortung trägt, da sie die Nutzung dieser Anlagen verpachtet und damit entsprechende Einnahmen erzielt. So wurde in letzter Zeit sexistische Werbung z.B. dafür eingesetzt, um zum Kauf von Zigaretten oder bestimmten kosmetischen Produkten zu animieren.

Ein allgemeiner, sehr versteckter Hinweis auf der Internetseite der Landeshauptstadt Wiesbaden ist nicht ausreichend dafür, dass Mitteilungen erfolgen, denen die Stadtverwaltung nachgehen könnte. Jedenfalls berichtete die kommunale Frauenbeauftragte dem Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 30.01.2018 auf einen Beschluss des Ausschusses vom 06.12.2016 hin, dass es im Jahr 2017 keine Beschwerden gab. Seitdem hat es aber wiederholt solche Fälle sexistischer Werbung gegeben.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge dafür Sorge tragen, dass auf der Internetseite der Landeshauptstadt Wiesbaden an leicht auffindbarer Stelle eine Möglichkeit geschaffen wird, Fälle sexistischer Werbung zu melden. Die Ortsangabe sollte dabei erleichtert werden, so dass die Meldung schnell und unbürokratisch erfolgen kann.

Im Falle einer Meldung werden seitens der Verwaltung Maßnahmen ergriffen mit dem Ziel, dass die sexistische Werbung unverzüglich entfernt wird.

7. 21-F-55-0020

Bilanz „Videoschutzanlage“ im innerstädtischen Bereich der Landeshauptstadt Wiesbaden für einen Zeitraum von 14 Monaten (März 2020-bis Mai 2021)
-Antrag von DIE LINKE. Stadtfraktion vom 23.06.2021-

In einer Pressemitteilung der vergangenen Woche wird davon gesprochen, die aus „insgesamt 72 hochauflösende(n) Kameras inklusive modernster Auswertetechnik“ bestehende Anlage habe ihren „Nutzen eindrucksvoll unter Beweis“ gestellt; „insgesamt 86 Tatverdächtige“ seien entweder „bei der Tatbegehung (64 Fälle) oder in der Vor- oder Nachatphase (22 Fälle) videografiert“ worden.

Da mit diesen Anlagen auch in die Grundrechte Unbescholtener eingegriffen wird, ist der Einsatz dieser Anlagen sehr kritisch zu betrachten.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge den Ausschuss ausführlich folgende Fragen beantworten:

1. Um welche Arten von Straftaten handelt es sich bei den aufgeführten 86 Fällen?
2. Wie viele unbescholtene Bürger*innen wurden bzw. werden täglich durch die Videoüberwachung erfasst?
3. Wie wird sichergestellt, dass die betroffenen Bürger*innen über die Überwachung informiert werden?
4. In wie vielen Fällen kam es zu Einsätzen auf Grund der Videoüberwachung, ohne dass eine Straftat vorlag?
5. Wie wird sichergestellt, dass die grundgesetzlich zugesicherte Versammlungsfreiheit insoweit gegeben bleibt, dass die Kameras im Sichtfeld politischer Versammlungen ausgeschaltet werden?
6. Wie wird sichergestellt, dass die Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung eingehalten werden?
7. Welche Datenschutzregelungen gelten hinsichtlich der Aufnahme, des Zugriffs, der Aufbewahrung und Löschung der Aufnahmen?
8. Wie lange sollen die Videoüberwachungsanlagen in Betrieb bleiben?
9. Wie viele Arbeitsstunden erfordert die technische Betreuung/Wartung der Anlagen und Datenträger, wie viele Arbeitsstunden erfordert die Auswertung des Bildmaterials?
10. Gibt es eine Zusammenarbeit mit städtischen Stellen, z. B. dem Amt für soziale Arbeit, oder anderen Einrichtungen, bei der die durch die Überwachungen gewonnenen Erkenntnisse kommuniziert werden und als Grundlage von sozialpolitischen Maßnahmen, z.B. „Streetworking“, dienen? Wenn ja, welche sind das (Einrichtungen und Maßnahmen)?

8. 21-J-42-0013

Kostenlose Menstruationsprodukte an Schulen
- Antrag von Liah Kaiser vom 18.05.2021 -

ANLAGE: Beschluss Nr. 57 des Jugendparlamentes vom 26.05.2021

9. 21-F-20-0006

Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung bei demonstrativen Aktionen aus der Querdenker*innen-Szene

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 06.05.2021 -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 29.06.2021 -

ANLAGE: Bericht des Dezernates II vom 14.06.2021

10. 21-F-08-0016

Finanzielle Ausstattung der frauenspezifischen Beratungsstellen den erhöhten Anforderungen in der Corona-Pandemie anpassen!

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 24.02.2021 -

ANLAGE: Bericht des Dezernates VI vom 06.05.2021

11. 21-F-08-0018

Bereitstellung eines Beratungsangebots für Beschäftigte in Homeoffice

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 24.02.2021 -

ANLAGE:

Bericht des Oberbürgermeisters vom 30.05.21 und ergänzender Bericht vom 08.06.2021

12. 21-F-21-0010

Corona-Sonderförderung für Mädchen- und Fraueneinrichtungen bzw. Beratungs- und Anlaufstellen

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 23.02.2021 -

ANLAGE: Bericht des Dezernates VI vom 06.05.2021

13. 20-F-08-0028

Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache bei geflüchteten Frauen und Angebote spezifischer psychologischer Beratung und Therapie

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 11.03.2020 -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 29.06.2021 -

ANLAGE: Bericht des Dezernates VI vom 14.06.2021

14. 20-F-20-0017

Unterbringung von wohnungslosen (alleinstehenden) Frauen in Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2020 -

ANLAGE: Bericht des Dezernates VI vom 22.04.2021

15. 21-V-20-0020

DL 20/21-2

Investitionscontrolling 2021 zum Stichtag 03.05.2021

16. 21-V-64-0002

DL 22/21-14, 23/21-5

Wiederkehrende Sicherheitsprüfungen von baulichen Anlagen (insbesondere Sonderbauten) der
Landeshauptstadt Wiesbaden

Anlage NÖ

17. Aktuelles aus dem kommunalen Frauenreferat

18. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungs-
punkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Coigné
Vorsitzende